

Niederschrift

über die 7. Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften am 18.11.2021
(11. Wahlperiode)

Tag es ordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Haushaltsberatungen	4
3 Verkauf eines Gewerbegrundstücks an der Berta-Benz-Straße; Erteilung von Befreiungen Vorlage: FB4/1400/2021	8
4 Antrag der Fa. Amprion GmbH nach § 16 des Bundes Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) zur wesentlichen Änderung einer Elektromsplananlage mit einer Oberspannung von 220 kV oder mehr einschließlich der Schaltfelder i.S.d.Nr. 1.8 (V) des Anhangs 1 zur Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen- 4. BImSchV) auf dem Betriebsgelände der Umspannanlage Meerbusch-Osterath vom 25.08.2021, zuletzt geändert am 06.10.2021 Vorlage: DezIII/1440/2021	9
5 Anträge	10
6 Anfragen	10
7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	10
7.1 Mündlicher Sachstandsbericht: Checkliste Klimaschutz in der Bauleitplanung	10
8 Termin der nächsten Sitzung: 09.02.2022	10
9 Verschiedenes	10

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OGEs
gilt die 3G-Regel!

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker Ratsmitglied

Herr Marc Helmig Vertretung für Herrn Uwe Wehrspohn

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Frau Norma Köser Ratsmitglied

Herr Tjalf-Marius Matschiner Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Berna Giousouf

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dieter Jünckerkes Ratsmitglied Vertretung für Herrn Hans Günter Focken

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Kirsten Danes Ratsmitglied

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied Vertretung für Herrn Klaus Rettig

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Aliina Housden

Frau Monika Driesel Ratsmitglied

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Rita Henning Ratsmitglied Vertretung für Herrn Dieter Schmoll

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marco Nowak Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Hubert Kräling Seniorenbeirat

von der Verwaltung

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Stephan Benninghoven Wirtschaftsförderungsreferent

Herr Alexander Bolten Service Finanzen

Frau Isabel Briese Fachbereich 4

Herr Jürgen Gatzlik Bereichsleiter Fachbereich 6

Herr Matthias Schneiders

stellv. Schriftführerin

Frau Anke Hartl

Fachbereich 5

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Berna Giousouf

Herr Uwe Wehrspohn

Ratsmitglied

Sachkundiger Bürger

von der SPD-Fraktion

Herr Hans Günter Focken

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Klaus Rettig

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Aliina Housden

Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Dieter Schmoll

Sachkundiger Bürger

Aufgrund der angespannten pandemischen Situation kommen alle Sitzungsteilnehmer und Besucher dem Angebot nach, vor der Sitzung einen freiwilligen Selbsttest zu machen. Impfnachweise und Testzertifikate werden erbracht.

Vor Einstieg in die Tagesordnung bittet der Vorsitzende unter Hinweis auf das aktuelle Infektionsgeschehen um einen disziplinierten und zügigen Ablauf der Sitzung. Weiterhin schlägt er vor diesem Hintergrund eine Verschiebung des nicht dringlichen TOP 7.1 in die nächste reguläre Sitzung vor. Auf Rückfrage des Rats Herrn Quaß erläutert Herr Schneiders, dass die Präsentation vorbereitet sei, man jedoch an der inhaltlichen Ausgestaltung (Ergänzung durch Qualitätsleitlinien) noch weiter arbeite. Zudem wolle man die Präsentation erläutern, weshalb von einem vorzeitigen Versand an die Fraktionen abgesehen werde. Bis zur nächsten regulären Sitzung des APL in 2022 sagt der Technische Beigeordnete Assenmacher eine Verwaltungsvorlage mit der fertigen Checkliste „Klimaschutz- und Klimaanpassung in der Bauleitplanung“ zu.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Frau Dr. Blaum von der BUND-Ortsgruppe erhält auf ihre Bitte hin ebenfalls eine Broschüre „Zukunft der Mobilität“.

Ihre Frage, ob man die neuen Gutachten zur K9n zur Verfügung stellen könne, beantwortet der Technische Beigeordnete Assenmacher mit nein, da neue Gutachten bislang nicht beauftragt seien und daher auch nicht vorlägen.

2 Haushaltsberatungen

Zur Beratung liegen dem Ausschuss für Planung und Liegenschaften vor:

- der Entwurf des Haushaltes 2022 sowie die Finanzplanung 2023 bis 2025,
- als Tischvorlagen:
 - ein Antrag der SPD-Fraktion
 - zwei Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - eine Veränderungsliste der Verwaltung

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften ist zuständig für die Produkte:

010.111.160 Grundstücksverkehr
 090.511.010 Räumliche Planung und Entwicklungsmaßnahmen
 090.511.020 Grafische Datenverarbeitung
 090.511.030 Vermessung
 100.511.010 Bodenordnung
 100.521.010 Bauaufsicht

1. DEZ III- Planung und Liegenschaften

1.1 Produkt 010.111.160 Grundstücksverkehr, Seiten 207 - 215

Nr. 1: SPD-Antrag zur Erarbeitung von Richtlinien zur Unterstützung von Familien beim Erwerb städtischer Grundstücke und/oder Liegenschaften

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept zu erarbeiten, um Familien beim Erwerb städtischer Grundstücke und/oder Liegenschaften zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Frau Niederdellmann-Siemes erläutert den Antrag. Herr Schoenauer betont die Einigkeit in der Zielsetzung, führt jedoch aus, dass die CDU-Fraktion große Erwartungen in den verstärkten Einsatz von Erbpachtgrundstücken setze und daher keinen direkten Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen sehe.

Herr Peters äußert sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ähnlich, und verweist darauf, dass man sich für bezahlbaren Wohnraum künftig gemeinsam wesentlich breiter aufstellen müsse, etwa durch geeignete Vergabeverfahren, Einsatz von Erbpacht, enge Zusammenarbeit mit kommunalen Wohnungsgesellschaften oder –genossenschaften oder die Gründung einer Servicegesellschaft auf Kreisebene. Er verstehe den Antrag als Arbeitsauftrag an die Verwaltung, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Die finanziellen Folgen seien noch nicht absehbar, weshalb eine Bindung an die Haushaltsberatungen aus seiner Sicht nicht gegeben sei.

Frau Niederdellmann-Siemes stellt klar, dass der Antrag keine unmittelbare Haushaltsrelevanz habe. Daraufhin kommt es zur Abstimmung.

1.2 Produkt 090.511.010 Räumliche Planung und Entwicklungsmaßnahmen, Seiten 497 – 501

Nr. 2: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Planungskosten K9n 2. Bauabschnitt

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD		2	
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	4		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	6	11	0

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass 150.000 € für die weitere Bauleitplanung (Bebauungsplan Nr. 271 Meerbusch-Osterath „K9n, 2. Bauabschnitt“) unter HH-Stelle 7_09001002_78911000 neu veranschlagt seien. Die ursprünglich vorgesehenen 320.000 € aus dem Haushalt 2021 („Am Strümper Busch“) seien nicht genutzt worden und sollen nicht übertragen werden.

Ratsherr Schoenauer fragt, wo die 50.000,- € für die Gestaltung des Dr. Franz-Schütz Platzes veranschlagt seien. Er habe auch diesen Ansatz nicht gefunden. Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass diese Mittel im Haushaltsplan 2021 veranschlagt seien und ins Jahr 2022 übertragen werden und deshalb nicht neu veranschlagt werden müssen. Die 70.000 € für die Erstellung eines Integrierten Handlungskonzeptes für Büberich seien hingegen nicht neu veranschlagt worden und sollen auch nicht übertragen werden.

Ratsfrau Glasmacher erkundigt sich nach einer Liste der Übertragungen. Diese werde in Rahmen der Jahresabschlussarbeiten erstellt und dem Rat 2022 zur Kenntnis vorgelegt, führt Herr Bolten aus. Ratsherr Schoenauer vertritt die Meinung, dass diese Informationen mit konkretem Projektbezug für die Haushaltsberatungen 2022 von großer Bedeutung seien. Er fordert entweder eine Zusage, dass alle nicht abgerufenen Mittel übertragen werden oder eine Liste der gestrichenen Maßnahmen für die 2. Lesung. Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass lediglich in Ausnahmefällen von einer Übertragung abgesehen werde. Bis zur Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses werde eine Liste der Maßnahmen aus dem Haushalt 2021 erstellt, die nicht neu angemeldet seien und für die auch keine Mittel übertragen werden sollen („Streichliste“).

Antrag der FDP-Fraktion:

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beschließt, den Ansatz von 150.000,-€ beim PSP-Element 7 09001002 7891 1000 (Seite 500) mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

1.3 Produkt 090.511.020 Grafische Datenverarbeitung, Seiten 502 – 505

Es liegen keine Anträge zu diesem Produkt vor.

1.4 090.511.030 Vermessung, Seiten 506 – 510

Nr. 3: Veränderungsliste der Verwaltung

Es handelt sich um eine Korrektur des Planungsjahres beim PSP-Element 7.09002003 7831 0000 (Seite 508). Der Ansatz in Höhe von 40.000,-€ gehört anstatt ins Haushaltsjahr 2024 ins Haushaltsjahr 2023.

Dieses nimmt der Ausschuss einvernehmlich zu Kenntnis.

1.5 100.511.010 Bodenordnung, Seiten 515 – 520

Es liegen keine Anträge zu diesem Produkt vor.

1.6 100.521.010 Bauaufsicht, Seiten 523 - 526

Nr. 4: Antrag Bündnis 90/Die Grünen zur konsequenteren Ahndung von Verstößen auf Baustellen

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	
SPD	2		
FDP		2	
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	4		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	8	9	0

Frau Briese erläutert, dass bereits im Jahr 2014 ausführlich in dieser Angelegenheit recherchiert worden sei. Im Ergebnis werde die weit überwiegende Zahl der Baustellen korrekt abgewickelt. Aufwand und Nutzen für ordnungsbehördliche Verfahren hinsichtlich der Baustellenführung stehen in der Regel außer Verhältnis. Es habe sich daher bewährt, dass die Baukontrolleure kundenfreundlich durch Besuche und mündliche sowie schriftliche Hinweise auf eine regelkonforme Baustellenabwicklung hinarbeiten. Grobe Verstöße werden selbstverständlich geahndet. Die begrenzten Kapazitäten werden in der Regel für höherrangige Aufgaben wie Rohbau- und Fertigstellungsabnahmen sowie Brandschauen und wiederkehrende Prüfungen eingesetzt. Kleinere Verstöße wie fehlende Bauschilder hingegen seien nachrangig.

Die Hinweise aus dem gpa-Bericht nehme die Verwaltung sehr ernst. Es müsse überdacht werden, ob bisherige Strategien (etwa der Verzicht auf die Beratungsgebühren, Zurückweisung von Baugesuchen oder die Rücknahmefiktion) weiter Anwendung finden sollen.

Gesamtbeschluss über die Produkte des Ausschusses für Planung und Liegenschaften:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, den Entwurf des Haushalts 2022 für aller der in seiner Zuständigkeit liegenden Produkte, einschließlich der dazu gefassten Beschlüsse und den Veränderungsvorschlägen der Verwaltung, dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD			2
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	4		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	15		2

3 Verkauf eines Gewerbegrundstücks an der Berta-Benz-Straße; Erteilung von Befreiungen
Vorlage: FB4/1400/2021

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften stimmt der nachfolgenden planungsrechtlichen Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 277, Am Strümper Busch / Gewerbegebiet Bundenrott, für das Bauvorhaben - Errichtung von Betriebsgebäuden, Berta-Benz-Straße, Meerbusch-Strümp (Flurstück 223 sowie ein Teil aus Flurstück 155) - für folgende Tatbestände gemäß § 31 (2) BauGB zu:

1. Überschreitung der maximal zulässigen Bauhöhe um 2,50 m. (14,50 m statt 12,00 m) an den beiden Hochpunkten gem. Gebäudeentwurf (s. Anlage)

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	2		
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	4		
UWG/Freie Wähler		1	
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	16	1	0

Frau Briese erläutert den Kontext der Vorlage und stellt die Vorzüge des durch intensive Abstimmungen mit den Investoren und Planern erzielten gelungenen architektonischen wie freiraumplanerischen Entwurfs heraus. Im Besonderen geht sie darauf ein, dass durch die höhenmäßige Überschreitung an den beiden Hochpunkten, für welche die Befreiung erforderlich wird, keine zusätzlichen Nutzflächen generiert werden.

Es wurde durch die Verwaltung zugesagt, durch Auflagen im Kaufvertrag und/oder dingliche Sicherung eine Umsetzung der in Anlage 2 dargestellten Ausführung zu gewährleisten, zuzüglich einer wasserdurchlässigen Ausführung der ebenerdigen Stellplätze.

- 4 Antrag der Fa. Amprion GmbH nach § 16 des Bundes Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) zur wesentlichen Änderung einer Hochspannungsanlage mit einer Oberspannung von 220 kV oder mehr einschließlich der Schaltfelder i.S.d.Nr. 1.8 (V) des Anhangs 1 zur Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen- 4. BImSchV) auf dem Betriebsgelände der Umspannanlage Meerbusch-Osterath vom 25.08.2021, zuletzt geändert am 06.10.2021
Vorlage: DezIII/1440/2021**

Beschluss:

Der Ausschuss für Planung und Liegenschaften beauftragt die Verwaltung keine Stellungnahme zum Antrag der Firma Amprion GmbH auf Erteilung der Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Umspannanlage Meerbusch-Osterath auf dem Betriebsgelände abzugeben:

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD	2		
FDP			2
Bündnis 90/DIE GRÜNEN	4		
UWG/Freie Wähler	1		
DIE FRAKTION	1		
Gesamt:	15	0	2

Seitens der FDP-Fraktion liegt ein Vertagungsantrag vor.

Anmerkung der Schriftführerin: Der Antrag ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Diesen erläutert Ratsherr Gabernig und verweist auf den aus seiner Sicht vorliegenden Zusammenhang mit dem Konverter und dem benötigten zusätzlichen Löschfahrzeug. Man habe zu wenig Informationen und Zeit gehabt, sich mit dem Antrag zu beschäftigen. Der Katastrophen- und Brandschutz sei unzureichend beachtet.

Ausschussvorsitzender Damblon weist darauf hin, dass es sich um ein BImSchG-Verfahren in Zuständigkeit der Immissionsschutzbehörde des Rhein-Kreises Neuss handle. Die Gemeinde werde lediglich angehört und habe die Gelegenheit, bis zum 30.11.2021 eine Stellungnahme abzugeben. Eine Vertagung habe demnach zur Folge, dass keine Stellungnahme abgegeben werden könne.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass die Verwaltung keine Bedenken gegen das Vorhaben begründen könne. Er verliest die (positive) Stellungnahme der örtlichen Feuerwehr. Er schlägt vor, die Fa. Amprion einzuladen, um die vorgesehenen Maßnahmen im Umspannwerk dem Ausschuss vorzustellen.

Sachkundiger Bürger Behlen kann nicht nachvollziehen, warum im Umspannwerk ständig etwas verändert werde. Die Ratsfrauen Niederdellmann-Siemes und Driesel äußern Bedenken, ohne diese näher zu begründen. Ratsfrau Köser hinterfragt die angegebene Spannung „220 kV und mehr“ und vermutet ein „trojanisches Pferd“ mit 380 kV und höheren Brandlasten.

Anmerkung der Schriftführerin: Nach der Sitzung gibt Frau Frey folgendes zu Klärung zu Protokoll: Der Genehmigungsantrag für die Anlagenerweiterung enthält den Wortlaut „... 220 Kilovolt oder mehr...“

Der Wortlaut aus der Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz: [Anhang 1 4. BImSchV - Einzelnorm \(gesetze-im-internet.de\)](#) zur Beschreibung der Anlage:

„Elektrospannanlagen mit einer Oberspannung von 220 Kilovolt oder mehr einschließlich der Schaltfelder, ausgenommen eingebaute Elektrospannanlagen;...“

Die weitere technische Beschreibung findet sich im Antrag.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, keine Stellungnahme abzugeben. Über diesen weiterführenden Antrag lässt der Ausschussvorsitzende zuerst abstimmen. Aufgrund des Abstimmungsergebnisses erübrigt sich die Abstimmung über den Vertagungsantrag der FDP.

5 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

6 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

7.1 Mündlicher Sachstandsbericht: Checkliste Klimaschutz in der Bauleitplanung

Dieser Tagesordnungspunkt wird vertagt.

8 Termin der nächsten Sitzung: 09.02.2022

9 Verschiedenes

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Meerbusch, den 29. November 2021

Werner Damblon
Ausschussvorsitzender

Anke Hartl
Schriftführer/in